

## Belgien

Matthias Chardon

Die politische Krise in Belgien schwelt nun schon seit drei Jahren. Verschärft wurde sie durch die Berufung des belgischen Ministerpräsidenten, Herman van Rompuy, zum Präsidenten des Europäischen Rates Ende 2009. Die Regierung wurde danach wieder von dem flämischen Christdemokraten Yves Leterme übernommen. Letermes Regierung stürzte im Frühjahr 2010, im Juni fanden Neuwahlen statt und bislang ist nicht abzusehen, wer die Regierung bilden könnte. Vor diesem Hintergrund musste sich Belgiens Regierung inhaltlich und organisatorisch auf die Übernahme der EU-Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2010 vorbereiten. Karel de Gucht, belgischer Kommissar, bleibt Mitglied der Barroso II-Kommission.

### **Europa gewinnt ihn, Belgien verliert ihn: Herman van Rompuy wird Präsident des Europäischen Rates**

Im Herbst 2008 zeichnete sich ab, dass die Regierung unter dem flämischen Christdemokraten Leterme nicht mehr lange bestehen bleiben würde. Die Konflikte um eine Staatsreform und den Neuzuschnitt des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV) blieben ungelöst. Dann strauchelte die Regierung im Zusammenhang mit dem Verkauf der belgischen Fortis-Bank an die französische BNP-Paribas. Vorwürfe tauchten auf, Ministerpräsident Leterme hätte in dieser Sache versucht, unerlaubten politischen Einfluss auf eine Gerichtsentscheidung auszuüben. Der politisch angeschlagene Leterme konnte sich nicht mehr länger halten und trat kurz vor Weihnachten 2008 zurück.

Sein Nachfolger wurde der christdemokratische Flame Herman van Rompuy, zuvor noch Präsident der belgischen Abgeordnetenkammer. Er galt als Ministerpräsident des Übergangs, dem es gelang, eine stabile und arbeitsfähige Regierung zu bilden. Wegen der nahenden Wahlen zu den Regional- und Gemeinschaftsparlamenten und dem Europäischen Parlament verschwanden die Themen Staatsreform und BHV weitgehend von der öffentlichen politischen Agenda.<sup>1</sup> Allerdings traute man ihm zu, in diesen heiklen innenpolitischen Fragen zu einer Lösung zu kommen, da er als integrierter, ruhiger und auf Ausgleich bedachter Politiker gilt.

Zur Vorbereitung der belgischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2010 unternahm Van Rompuy im Oktober 2009 eine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte und stellte sich seinen Kolleginnen und Kollegen vor. Gleichzeitig war vorherzusehen, dass der Vertrag von Lissabon spätestens zu Beginn des Jahres 2010 in Kraft treten könnte. Das bedeutete, dass es Zeit wurde sich darüber Gedanken zu machen, wer der erste ständige Präsident des Europäischen Rates werden könnte. Möglicherweise wirkte die Rundreise Van Rompuys gewissermaßen als Bewerbungstour, jedenfalls erschienen bald danach immer öfter Nachrichten, Van Rompuy gehöre zu den Topfavoriten für dieses Amt.

Schnell wurde klar, dass Van Rompuy von Frankreich und Deutschland unterstützt wurde. Dafür gab es zahlreiche Gründe: Erstens gehört Van Rompuy der gleichen Parteienfamilie an wie Bundeskanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Sarkozy.

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu Matthias Chardon: Wahlen im Auge des Hurrikans: Die Positionierung der flämischen Parteien vor den Regionalwahlen im Juni 2009, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2009. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2009, S. 251-262.

Zweitens sprach für ihn die politische Erfahrung, die er aus der belgischen Politik mitbringt; er agiert eher im Stillen, ist auf Ausgleich bedacht und hat es geschafft, in diesem von Konflikten geplagten Land ein erfolgreicher Ministerpräsident zu sein. Im Gegensatz zu Tony Blair, einem weiteren Kandidaten für dieses Amt, stammt Van Rompuy drittens aus einem kleinen Mitgliedstaat und bringt daher vermutlich ein anderes Selbstverständnis für das Amt des Ratspräsidenten mit, als dies bei Tony Blair der Fall gewesen wäre.

Herman Van Rompuy zeigte sich in den entscheidenden Wochen als bescheiden und machte klar, dass er das Amt des Ratspräsidenten nur unter bestimmten Bedingungen annehmen könne. Vor der belgischen Abgeordnetenversammlung sagte er am 12. November 2009: „Wenn innerhalb Europas Konsens über den Präsidenten des Europäischen Rats besteht, kann der Betroffene sich nicht weigern, das Amt anzunehmen.“<sup>2</sup> Damit war klar, dass Van Rompuy sich nicht gegen eine solche Berufung stellen würde. Gleichzeitig weckte dies innerhalb Belgiens die Sorge, wie es wohl innenpolitisch weitergehen könnte. Der ehemalige belgische Ministerpräsident und EVP-Vorsitzende Wilfried Martens sagte dazu: „Premier Herman Van Rompuy weiß sehr wohl, dass er Belgien in eine neue Krise schickt, wenn er geht. Er wird den Job nur annehmen, wenn er nicht anders kann.“<sup>3</sup>

Am 19. November schließlich wurde es offiziell: Die Briten hatten ihren Widerstand gegen den Belgier aufgegeben, Herman Van Rompuy wurde zum ersten ständigen Präsidenten des Europäischen Rates berufen. Die belgische Presse sah die ganze Sache mit gemischten Gefühlen. Einerseits empfand man die Berufung als Ehre für Belgien, zumal schon lange kein Belgier mehr ein Spitzenamt in der EU inne hatte. Die Bemühungen der ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Jean-Luc Dehaene und Guy Verhofstadt, Kommissionspräsident zu werden, waren nicht zuletzt am britischen Widerstand gescheitert. Andererseits fürchtete man sich vor dem innenpolitischen Chaos, das entstehen könnte, wenn Leterme wieder die Regierung übernehmen würde – dass er das tun würde, war mittlerweile deutlich geworden.

Die Befürchtungen, Belgien könnte wieder in eine tiefe politische Krise stürzen, bewahrheiteten sich. Die neue Regierung bemühte sich, zu einer Lösung der innenpolitischen Konflikte zwischen Frankophonen und Flamen zu kommen. Jean-Luc Dehaene wurde von König Albert II. damit beauftragt, Lösungsmöglichkeiten zu sondieren und Vorschläge zu unterbreiten. Allerdings war den Parteien kein Kompromiss möglich, der den Weg zu einer Einigung über die Staatsreform und die anderen Probleme geebnet hätte. Die flämischen Liberalen verließen die Regierung, damit verlor sie ihre Mehrheit im Parlament. Am 13. Juni 2010 wählten die Belgier ein neues Parlament. Das Wahlergebnis erschwerte die Regierungsbildung erheblich, da vor allem diejenigen Parteien Stimmen hinzugewonnen haben, die weitgehende Forderungen stellen. Bis zum Herbst 2010 hatte Belgien noch keine neue Regierung.

### **Die Vorbereitungen zur Übernahme der Präsidentschaft durch Belgien**

Mit dem Rücktritt der Regierung Leterme im April 2010 stellte sich die Frage, ob Belgien in der Lage wäre, die sechsmonatige Präsidentschaft gut und kraftvoll zu führen, oder ob die europäischen Angelegenheiten dadurch negativ beeinflusst werden könnten, dass das Präsidentschaftsland lediglich eine geschäftsführende Regierung hat.

Sowohl Ministerpräsident Leterme als auch seine Minister versuchten im Vorfeld, alle Bedenken zu zerstreuen. Die vorbereitenden Arbeiten zur Präsidentschaft waren ja auch

---

2 Vgl. De Standaard: Van Rompuy: Bij consensus kann je EU-job niet weigeren, 12.11.2009. Die Zitate wurden vom Autor übersetzt.

3 Vgl. De Standaard: Van Rompuy zal EU-job enkel aanvaarden als hij niet anders kann, 14.11.2009.

fast abgeschlossen. Zudem sprechen mehrere Aspekte dafür, dass die Präsidentschaft nicht zu stark von der innenpolitischen Situation beeinträchtigt würde:<sup>4</sup>

- Belgien hat mit Spanien und Ungarn ein Trio-Präsidentschaftsprogramm vorgelegt, das die politischen Prioritäten festlegt und bereits Ende 2009 vorlag.
- Der Lissabon-Vertrag schwächt die Stellung des Präsidentschaftslandes. Die Sitzungen des Europäischen Rates leitet nun der Ratspräsident, die Sitzungen des Rates Auswärtige Angelegenheiten die Hohe Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik.
- Die Themen der Ratssitzungen werden zu einem wesentlichen Teil von der „rolling agenda“ bestimmt, auf die das jeweilige Vorsitzland nur wenig Einfluss hat.
- Belgien hat große Erfahrung als Präsidentschaftsland, es führte bereits elf Mal den Vorsitz. Seine Aufgaben erfüllte es dabei stets sehr gut. Zudem ist es eine Tradition, eher die europäischen Interessen zu vertreten und weniger eigene Prioritäten auf die Tagesordnung zu setzen. Dies dürfte umso mehr für eine geschäftsführende Regierung gelten.
- Die Regionen und Gemeinschaften verfügen mittlerweile über sehr starke und umfangreiche Kompetenzen. Das bringt es mit sich, dass viele Tagungen des Rates von ihnen und nicht von der Föderalregierung geleitet werden. Zudem dürften sie die Chance ergreifen und zeigen wollen, dass sie gut in der Lage sind, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.
- Die belgischen Parteien eint der Konsens, pro-europäisch zu sein. Auch eine regionalistische Partei wie die N-VA, die im Juni als Wahlsieger in Flandern hervorging, bekennt sich zu einem starken und zusammenwachsenden Europa.

Yves Leterme verdeutlichte seine Haltung, als er am 7. Juli 2010 vor dem Europäischen Parlament über die Prioritäten Belgiens während der Präsidentschaft sprach:<sup>5</sup> „Unser Streben war es nicht so sehr, einen Katalog haltbarer oder unhaltbarer Versprechen zu erstellen. Wir streben nach weniger Versprechen und mehr Ergebnissen. Das ist unser Ehrgeiz. (...) Unser Ehrgeiz ist deutlich: wir wollen uns mit der Agenda beschäftigen, die nicht durch Belgien, sondern von der globalen und europäischen Ebene bestimmt ist. Sie (das Europäische Parlament) als Institution wie auch die anderen europäischen Institutionen und das aktuelle Geschehen bestimmen die Agenda auch dieser Präsidentschaft.“

Das Programm der belgischen Präsidentschaft fügt sich in dasjenige des Trios ein, das Ende 2009 vorgelegt worden war. Es sieht im Wesentlichen fünf Schwerpunkte vor:

- Sozioökonomischer Bereich: Das Ziel ist es, nachhaltiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen. Dazu dienen vor allem die Implementierung der EU 2020-Strategie sowie die Konsolidierung des Stabilitätspakts und der wirtschaftlichen Steuerung. Zudem sollen Regelungen für den Finanzsektor beschlossen werden.
- Sozialer Bereich: Die soziale Kohäsion soll gefördert werden über die Einigung auf Ziele und Indikatoren bzw. höhere Standards im Sozialbereich. Schutz vor Armut und gesellschaftlichem Ausschluss stehen ebenso im Fokus wie der Kampf gegen Diskriminierung.
- Umwelt: Das Ziel ist der Übergang zu einer „green economy“. Belgien möchte Europa in den internationalen Verhandlungen eine gewichtige Stimme geben und ehrgeizige Ziele setzen, etwa bei der Klimakonferenz in Cancun im November 2010. Auch soll die Umweltgesetzgebung verbessert werden und Umweltziele sollen stärker mit den Bereichen Energie, Verkehr und Emissionen verbunden werden.

4 Vgl. auch den Kommentar von Steven Van Hecke und Peter Bursens von der Universität Antwerpen auf [www.euractiv.com](http://www.euractiv.com): Warum die neue EU-Ratspräsidentschaft nicht unter Belgiens innerem Aufruhr leiden wird, 22. Juni 2010, abgerufen am 5. Juli 2010.

5 Vgl. das Protokoll der Plenardebatte vom 7. Juli 2010, abrufbar über [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu).

- Freiheit, Sicherheit und Justiz: Die Schaffung des Europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts soll weiter vorangetrieben werden. Das bedeutet hauptsächlich die Umsetzung des Stockholm-Programms in den Bereichen Asyl, Innenpolitik und Justizangelegenheiten.
- Auswärtiges Handeln: Ziel ist die Stärkung der EU als globaler Akteur für Frieden und Sicherheit. Instrumente hierfür sind für Belgien der Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), die Weiterführung der Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenstaaten, der Kampf gegen Protektionismus, die Sicherung der Menschenrechte sowie die Leitung der Diskussionen auf dem EU/ASEM und dem EU/Afrika Gipfel.

#### **Karel De Gucht bleibt Kommissar**

Nach den Europawahlen 2009 wechselte der bisherige belgische Kommissar Louis Michel ins Parlament. Dessen Nachfolger wurde Karel De Gucht, der auch sein Portfolio (Entwicklung und humanitäre Hilfe) übernahm. Gemutmaßt wurde, dass De Gucht damit rechnete, in der Barroso II-Kommission einen politisch bedeutsameren Bereich übernehmen zu können.

In einem Interview, das De Gucht der flämischen Tageszeitung *De Standaard* am 7. November 2009 gab, verdeutlichte er unmissverständlich, dass er einen anderen Aufgabenbereich übernehmen wolle: „Ich habe von Anfang an gesagt, dass es nicht meine Absicht ist, dies (den Bereich Entwicklung) fünf Jahre lang zu machen. Ich habe nämlich meine Zweifel was unsere Möglichkeiten angeht, in Afrika schneller zum Durchbruch zu kommen. (...) Ich kann nur feststellen, dass es in Afrika sehr schwierig ist, den Take-off zu realisieren. Demokratische Prozesse versanden besonders schnell. Schauen Sie, was in Kenia passiert. Oder im Kongo, wo die internationale Gemeinschaft eine halbe Milliarde Euro in demokratische Wahlen investiert hat. (...) Es läuft wirklich nicht gut mit Afrika, auch wenn ich nicht so weit gehen möchte, von einem verlorenen Kontinent zu sprechen.“

In der seit 2010 amtierenden Kommission zeichnet De Gucht nun für den Handel verantwortlich, womit tatsächlich von einem Bedeutungszuwachs gesprochen werden kann. Der so genannte Mission Letter von Kommissionspräsident Barroso an De Gucht beinhaltet folgende Aufgaben: Kontinuierliche Arbeit an der Öffnung globaler Märkte, Abschluss der Doha-Runde, Verhandlungsführung bei den Freihandelsabkommen und anderen bilateralen Handelsabkommen; Koordinator des transatlantischen Wirtschaftsrates mit den USA und des hochrangigen Wirtschaftsdialogs mit China, Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen strategischen Handelspartnern; Wahrung offener Märkte durch die Monitoring-Arbeiten der EU und der G20 sowie durch die europäische Marktzugangsstrategie; Aktualisierung und Modernisierung der handelspolitischen Instrumente; Erneuerung des allgemeinen Systems von Präferenzen mit Blick auf die sich entwickelnden Staaten und die Vertiefung der Wirtschaftspartnerschaften mit den AKP-Staaten.

Mit Karel De Gucht als Handelskommissar und Herman Van Rompuy als Ratspräsident bekleiden zwei Belgier wichtige Ämter in der EU. Zudem ist Guy Verhofstadt Fraktionsführer der Liberalen im Europäischen Parlament. Diese gestiegene Bedeutung belgischer Persönlichkeiten kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land wieder einmal ohne bzw. nur mit einer geschäftsführenden Regierung dasteht. Ob dies Auswirkungen auf die belgische Ratspräsidentschaft haben wird, muss sich zeigen.

#### **Weiterführende Literatur**

Matthias Chardon: Und jetzt? Das Scheitern der belgischen Regierung an einem alten Problem, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): *Jahrbuch des Föderalismus 2010. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*, Baden-Baden 2010, S. 221-233.

## Bulgarien

Johanna Deimel

Im Juli 2010 legte die Europäische Kommission ihren Bericht über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens vor. Der Überwachungsmechanismus wurde nach dem EU-Beitritt des Landes 2007 eingerichtet, um dem Land bei der Justizreform, bei der Korruptionsbekämpfung und im Kampf gegen die organisierte Kriminalität überwachend zu assistieren. Schutzklauseln seitens der EU-Kommission sahen vor, ggf. Gerichtsbeschlüsse nicht zu akzeptieren und auch EU-Gelder zu blockieren. Drei Jahre nach dem Beitritt Bulgariens ist die Kommission nicht mehr in der Lage, diese Klausel zu nutzen, sie kann allenfalls Empfehlungen aussprechen – die jedoch in dem Bericht an harscher Kritik nicht sparten. Zwar erachtete die Kommission die Justizreformstrategie der Regierung Bojko Borisov (GERB) als einen Ausdruck „starken politischen Willens“, der nachfolgende Katalog an Versäumnissen und Defiziten vor allem bei der Korruptionsprävention, dem Schutz vor Interessenskonflikten und der Leistungsfähigkeit der Justiz gibt weiterhin zur Besorgnis Anlass.<sup>1</sup> Beispiele für die bulgarischen Mängel sind die nach wie vor unaufgeklärten Auftragsmorde (seit 1992 etwa 191), wie zuletzt im Januar 2010 das Attentat auf den Radio- und TV-Moderator Bobi Cankov. Die Gerüchte über eine Verbindung zwischen Geheimdiensten und Gangstern fanden neue Nahrung, als zwei führende Figuren der bulgarischen Unterwelt – der ehemalige Geheimagent Aleksej Petrov und Krasimir Marinov als mutmaßliche Auftraggeber diverser Mordanschläge der Vergangenheit verhaftet wurden. Beide wurden aus „Mangel an Beweisen“ wieder aus der Haft entlassen und allerdings unter Hausarrest gestellt. Innenminister Cvetko Cvetanov (GERB) hatte bei der Verhaftung Petrovs zwar schwer bewaffnete Anti-Terrorereinheiten eingesetzt, ist aber dann an der ineffizienten Arbeit der Justiz, vermutlich auch an Seilschaften vorerst gescheitert.

Es ist sicherlich der europäischen und der bulgarischen Öffentlichkeit selbst zu verdanken, dass sich Bulgariens Führung endlich bewegt und große Fische aus dem Verkehr zieht. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF berichtet von 41 Fällen, die dem Amt 2009 zur Untersuchung vorgelegt wurden, die meisten davon im Bereich landwirtschaftlicher Hilfsprogramme.<sup>2</sup> So wurde etwa ein Verfahren gegen den früheren bulgarischen Vize-Landwirtschaftsminister Dimitar Pejtshev eingeleitet, dessen Tochter 700.000 Euro aus Fördermitteln erhalten haben soll.<sup>3</sup> Allerdings reicht es nicht aus, sich medienwirksam in Szene zu setzen – es muss Gerichtsverfahren geben, die den rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet sind. Der Druck, konkrete Taten im Kampf gegen die organisierte Kriminalität vorzuweisen, ist groß, denn Bulgarien will Mitglied des Schengenraums werden. In Zusammenarbeit mit der Venedig Kommission hat die Regierung im Oktober 2010 ein Gesetz „über den Verlust von durch illegale Tätigkeit erworbenem Ver-

---

1 Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, KOM(2010) 400 endg.

2 European Commission, European Anti-Fraud Office: Annual Report 2010.

3 Klaus Brill, Süddeutsche Zeitung, 12.5.2010, S. 7.